

031 K 044/23



AMTSGERICHT KERPEN

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, den 26.07.2024, um 9:30 Uhr,
im Amtsgericht Kerpen, Nordring 2 - 8, 50171 Kerpen, Saal 108**

das im Grundbuch von Frechen Blatt 3908 eingetragene Einfamilien-Reihenmittelhaus in Frechen, Burgstr. 10

Grundbuchbezeichnung:

Gemarkung Frechen, Flur 34, Flurstück 2169/137, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Burgstraße 10, Größe: 1,21 ar

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich bei dem zu bewertenden Objekt um ein vollunterkellertes, zweigeschossiges Einfamilien-Reihenmittelhaus mit ausgebautem Dachgeschoss. Das Objekt befindet sich in einem stark vernachlässigten baulichen Unterhaltungs- und Pflegezustand. Wohnfläche insgesamt 123,86 qm; Grundstücksgröße 121 qm; Bauj. 1937.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 28.11.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 205.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Kerpen, 19.04.2024